

„Für solche Projekte besteht kein Bedarf“

Mitten im Schuljahr will die Stadt ein Jugendhilfeprojekt für Schulverweigerer stoppen – dabei wächst das Problem in der Stadt

VON INGOLF PLEIL

Der junge Mann wirkt ruhig, fast in sich gekehrt. Er soll hier Thomas heißen, seine Anonymität gewahrt bleiben. In der Schule kam der 16-Jährige nicht klar, fühlte sich von einer Lehrerin ungerecht behandelt, mit schlechten Noten traktiert. Gespräche halfen nichts. Auch nicht mit seiner Mutter. Schließlich blieb Thomas morgens immer häufiger im Bett, traf sich dann am Nachmittag mit seinen Freunden – wenn die mit der Schule fertig waren. Die hätten das nicht gut gefunden, aber Verständnis für ihn gehabt. Dann habe ihm das Jugendamt das Projekt „2. Chance“ empfohlen. Die AWO Kinder- und Jugendhilfe gGmbH der Arbeiterwohlfahrt und das Sächsische Umschulungs- und Fortbildungswerk Dresden (SUFW) bieten das in Dresden an.

„Es geht darum, den Jugendlichen wieder einen geordneten Tagesablauf zu vermitteln“, erläutert Uwe Lenk einen wichtigen Aspekt des Projekts. Es gehe um Pünktlichkeit, die Fähigkeit, sich über eine bestimmte Zeit auf eine Tätigkeit zu konzentrieren. Der Handwerksmeister bringt den Jugendlichen beim SUFW praktische Fertigkeiten nahe. Sie bearbeiten Holz, Metall und andere Materialien. „Wir wollen ein bisschen



Als Träger sind wir
offen für eine
fachliche Debatte.

Martin Seidel
Geschäftsführer SUFW

”

Kreativität aus ihnen herauskitzeln“, macht Lenk klar. Für Thomas ein Glücksfall. Seit Mitte des Jahres ist er dabei. „Ich fühle mich hier richtig wohl.“ Montag und Freitag sind die praktischen Tage, von Dienstag bis Donnerstag gibt es in den Stunden von 8 bis 12 Uhr auch Unterricht – Deutsch, Mathe, Englisch.

Acht Jugendliche werden derzeit von vier Mitarbeitern beim SUFW betreut. Wenn sie durchhalten, erfüllen sie damit ihre Schulpflicht. „Wir wollen die Gruppenfähigkeit der Jugendlichen fördern und sie möglichst an weiterführende Maßnahmen heranbringen“, erläutert Nataliya Demchuk, Sozialpädagogin bei der „2. Chance“. Das zielt auf Praktika in Unternehmen oder ein Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), mit dem der Hauptschulabschluss verbunden sein könnte.

Doch damit könnte bald Schluss sein. Die Stadt will das Projekt stoppen. Die ursprüngliche Absicht – Reintegration in die Herkunftsschule – sei kaum noch erreicht worden. Die Evaluationsergebnisse des städtischen „Allgemeinen Sozialen Dienstes“ würden derzeit aufbereitet und dem Jugendhilfeausschuss im November vorgelegt, heißt es auf DNN-Anfrage. „Die Verwaltung des Jugendamtes wird auch zukünftig keine Angebote dauerhaft finanzieren, deren zielbezogene Wirksamkeit nicht erwiesen ist.“ Den Trägern sei dies bekannt. Dort hört sich das etwas anders an. Ziel sei zwar einerseits die Reintegration ins Schulsystem gewesen, auf der anderen Seite aber auch die Integration in andere Angebote.

2015 gab die Stadt für 58 Fälle rund 345 000 Euro aus, 2016 waren es 277 000

Euro für 41 Jugendliche und 2017 schlugen 174 000 Euro bis Mitte Oktober für 33 Fälle zu Buche. Welche gesellschaftlichen Kosten entstehen, wenn diese Menschen nicht in geordnete Bahnen zurückfinden, wäre natürlich Spekulation. Fakt ist, dass die Zahlen für Schulverweigerung steigen. 2015 wurden 1164 Fälle amtlich registriert, 2016 schon 1411 und in diesem Jahr waren es bis Ende Juni schon 971, bis zum Jahresende hochgerechnet könnte es mehr als 1900 werden.

Martin Seidel, früherer Sozialbürgermeister und heute Geschäftsführer der SUFW, fragt sich, wie mit Schulverweigerung ab Januar 2018 in der Stadt umgegangen werden soll. Mit dem Ende für die „2. Chance“ werde das Problem nicht verschwinden. „Es darf nicht sein, dass mit Schulverweigerern dann nicht mehr gearbeitet wird.“ Er hat Verständnis dafür, wenn die Stadt die alleinige Finanzierung über die kostspieligen Hilfen zur Erziehung (HzE) nicht fortsetzen will und befürwortet die Suche nach Alternativen. Bislang blieben die aber in der Stadt erfolglos – das erinnert ein bisschen an den Waldspielplatz. Das fatale daran: Das betreute Angebot dort ist inzwischen verschwunden.

Das Projekt „2. Chance“ soll mit seiner derzeitigen inhaltlichen Ausrichtung

nicht ersetzt werden, heißt es. „Für solche Projekte besteht kein Bedarf“, erklärte die Verwaltung schriftlich. Die Stadt will in Projekte investieren, die „Schulverweigerung gar nicht erst aufkommen lassen“, und denkt dabei vor allem an den Ausbau der Schulsozialarbeit. Künftig sollen alle jugendhilflichen Angebote, sowohl die der offenen Jugendarbeit, der Sozialarbeit als auch der Angebote der HzE, stärker auf die Schulpflichterfüllung hinarbeiten.

Wie das bei Schulverweigerern gehen soll, die nicht mehr von der Sozialarbeit an den Schulen erreicht werden können, ist für die Macher der „2. Chance“ unklar. „Es geht nicht um uns, es geht um die Kinder“, erklärt Sozialpädagogin Nataliya Demchuk. Und vielleicht denkt sie dabei an den 15-Jährigen Mitstreiter von Thomas, der hier Jens heißen soll. Er fühlte sich an seiner alten Schule vom Direktor „grob angefasst“, Jens spricht sogar von Schlägen. Wie da wieder eine Basis für den regelmäßigen Schulbesuch entstehen sollte, ist unklar. „Das kann ich mir eigentlich nicht vorstellen“, meint Thomas zu einer Rückkehr an seine frühere Schule. Er würde gern bei der „2. Chance“ weitermachen und später einmal vielleicht Trainer im Fitness-Bereich werden.